



Der Weg zu einer europäischen Exekutive: Von Governance zu Regierung



Autor : Thierry Chopin

Aufgrund der Krise wurde in verschiedenen Bereichen verstärkt über die Notwendigkeit einer verbesserten "Steuerung" (Governance) der Europäischen Union diskutiert: Die Krise hat das Fehlen eines "politischen Leadership" wie auch eines "exekutiven Leadership" in der Europäischen Union offenbart, wie auch die Notwendigkeit, die europäische Steuerung (Governance) zu reformieren, mit dem Ziel, eine "wirkliche europäische Wirtschaftsregierung" zu etablieren. Vor diesem Hintergrund analysiert Thierry Chopin in seiner Studie die Ungleichgewichte, die aktuell die europäische Steuerung bestimmen. Der Autor zeigt die Bedingungen auf, unter denen der europäische Handlungsspielraum ausgeweitet werden könnte und europäische Entscheidungen mit der notwendigen Effizienz und Legitimität getroffen und umgesetzt würden. Dies sind die Voraussetzungen, unter denen eine wirkliche europäische Exekutive entstehen könnte; die Eckpfeiler auf dem Weg von Governance zu einer Regierung.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel - Lohnungleichheit - Balkan - TV-Sendung - Rapport Schuman 2013 **Wahlen** : Bulgarien - Kroatien **Finanzkrise** : Irland - Irland/Portugal - Frankreich - Zypern - Griechenland - Deutschland - Steuern **Europäischer Rat** : Steuern **Kommission** : Handel - Schengen II - Steuerung - Ungarn - Wirtschaft/Ungleichgewicht - Slowenien **Rat** : Montenegro **Gericht** : Rechte/Urheber **Deutschland** : Großbritannien - Indien - Familie **Spanien** : Finanzen **Frankreich** : Slowakei **Italien** : Zukunft - Haushalt **Luxemburg** : Steuern **Rumänien** : Justiz **Großbritannien** : G 8 **WTO** : Vorhersage **IWF** : Banken - Inflation **Berichte/Studien** : Euro - Vermögen - Arbeitslosigkeit - Industrie **Kultur** : Ausstellung/Florenz - Ausstellung/Paris - Ausstellung/Erlangen - Kunst/Brüssel - Museum/Warschau

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Anmerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen

In einem aktuellen Leitartikel, den Jean-Dominique Giuliani auf seiner Internetseite veröffentlicht hat, äußert sich der Präsident der Robert Schuman Stiftung beunruhigt angesichts der Aussagen der



französischen Sozialisten, die die "Sparpolitik" kritisieren und mit der "Kanzlerin der Sparprogramme" die "Konfrontation" suchen wollen...

[Fortsetzung](#)

Gerechte Löhne in Europa



Die internationale Vereinigung BPW (Business & Professional Women) veranstaltet am 18. April 2013 in Lyon eine Konferenz zum Thema "Lohnungleichheit in Europa. Berichte engagierter Frauen von hier und aus Europa". Pascale Joannin, Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung, wird in die Debatte einführen, darüber hinaus wird sie einen Überblick über Fragen zur Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen in Europa geben...

[Fortsetzung](#)

Die Auswirkungen der Schuldenkrise auf die Europäische Union und auf den Euro



Am 18. April 2013 wird in Skopje die 2. Konferenz in der Veranstaltungsreihe "Die Krise und die EU-Beitrittskandidaten" stattfinden, organisiert vom Institut français in Skopje mit Unterstützung der Robert Schuman Stiftung. Alain Fabre, Ökonom und Unternehmensberater, wird für die Robert Schuman Stiftung als Wirtschaftsexperte an der Konferenz teilnehmen...

[Fortsetzung](#)

"Ici l'Europe" mit Irina Bokova



Im Rahmen der Partnerschaft der Robert Schuman Stiftung mit der französischen Sendergruppe "Audiovisuel extérieur de la France (AEF)" zeigt die Stiftung auf ihrer Internetseite die aktuelle Ausgabe der Sendung "Ici l'Europe" mit Irina Bokova, der Generaldirektorin der UNESCO, als Studiogast. Sie wird von Jean-Dominique Giuliani, dem Präsidenten der Robert Schuman Stiftung, interviewt. Irina Bokova äußert sich unter anderem zum Schutz der Kulturgüter in Mali und zu ihrer Reise mit dem französischen Staatspräsidenten François Hollande in das Land, für eine Bestandsaufnahme der Kriegszerstörungen. Aufgrund der Rückführung staatlicher Gelder sei die UNESCO gezwungen, verstärkt private Spenden einzutreiben...

[Fortsetzung](#)

Der "Rapport Schuman" ist jetzt auf englisch erhältlich



Der "Rapport Schuman" mit Texten zur aktuellen Lage der Europäischen Union 2013 ist jetzt auf englisch erhältlich. Die diesjährige Ausgabe enthält ein Exklusivinterview mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Manuel Barroso. Sämtliche Beiträge sind der Frage gewidmet, ob 2013 das Jahr des Wiederaufschwungs für die Europäische Union werden wird. Es handelt sich beim "Rapport Schuman" 2013 um die 4. englische Ausgabe, der in gedruckter Version oder für elektronische Lesegeräte und Tablets zur Verfügung steht (für 10,99 Euro). Der Rapport kann über die Internetseite der Stiftung bestellt werden...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wahlen :

Bulgarien: Zweite Amtszeit für Boiko Borissov?



Am 20. Februar 2013 war der bulgarische Premierminister Boiko Borissov (GERB) zurück getreten. Aufgrund des Rücktritts wurden vorgezogene Neuwahlen für den 12. Mai 2013 angekündigt, wobei der eigentliche Wahltermin erst zu Beginn des Sommers gewesen wäre. Im Zuge der aktuellen Protestbewegung liegt die Partei des bisherigen Premierministers in den Umfragen an erster Stelle. Nach einer aktuellen Umfrage kommt die GERB auf 24,4% der Stimmen und liegt damit vor den Sozialisten, die auf 17,5% der Stimmen kommen, die Bewegung für Recht und Freiheit erreicht 6,5% der Stimmen, Ataka kommt auf 5%, das Bulgarien der Bürger erreicht 3,5% und Demokraten für ein starkes Bulgarien kommt auf 2% der Stimmen...

[Fortsetzung](#)

HDZ (Opposition) liegt bei Europawahlen in Kroatien vor der SDP (Regierung)



Die wichtigste Oppositionspartei in Kroatien (HDZ) unter Führung von Tomislav Karamarko konnte bei den Europawahlen in Kroatien am 14. April 2013 die meisten Stimmen erzielen. Sie gewann 32,86% der Stimmen und damit 6 von 12 Sitzen. Die Koalition unter Führung der Sozialdemokraten (SDP) des kroatischen Premierministers Zoran Milanovic kommt auf 32,07% der Stimmen und damit auf 5 Sitze. Den verbleibenden Sitz gewann die kroatische Arbeiterpartei (HL-SR) unter Führung Dragutin Lesars, die auf 5,77% der Stimmen kam... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Verlangsamter Inflationsanstieg in Irland im März 2013



Nach neuesten Zahlen, die das irische Statistikamt am 11. April 2013 veröffentlichte, kam es im März 2013 zu einer Verlangsamung des Inflationsanstiegs. Der Preisindex für Konsumausgaben (IPCH) stieg im März 2013 lediglich um 0,6%, nachdem er im Februar 2013 um 1,2% angestiegen war. Nach Einschätzung einiger Experten werden die Sparmaßnahmen im Haushalt 2013 die Kaufkraft der Bürger schwächen und die Preise in den kommenden Monaten weiter sinken lassen... [Fortsetzung](#)

Einigung über Fristverlängerung von 7 Jahren für Irland und Portugal



Die 27 EU-Finanzminister gaben am 12. April 2013 grünes Licht für eine Verlängerung der Laufzeiten der EFSM- und EFSF-Kredite an Irland und Portugal für einen Zeitraum von 7 Jahren. Beide Länder erhalten hierdurch mehr Zeit zur Rückzahlung der Kredite und zur Einhaltung der Zielvorgaben, so dass ihre Rückkehr an die Finanzmärkte erleichtert wird. Die Entscheidung muss von mehreren nationalen Parlamenten abgesegnet werden. Im Gegenzug zur Auszahlung der Hilfgelder haben sich beide Länder zu umfangreichen Strukturreformen verpflichtet... [Fortsetzung](#)

Die französische Zentralbank (Banque de France) bestätigt Vorhersage von 0,1% Wachstum im 1. Quartal



Am 9. April 2013 bestätigte die Banque de France ihre Wachstumsvorhersage in Höhe von 0,1% des BIP im 1. Quartal 2013; es handelt sich um die 3. Schätzung für diesen Zeitraum. Die Vorhersage ist identisch mit der Prognose von vor einem Monat, sie liegt jedoch leicht über der Vorhersage des französischen Statistikinstituts Insee, die von 0% Wachstum im 1. Quartal 2013 ausgeht... [Fortsetzung](#)

Eurogruppe stimmt für Einigung zwischen Zypern und Troika



Am 12. April 2013 diskutierten die 17 Finanzminister der Eurozone die Einigung zwischen Zypern und der Troika in Bezug auf den Rettungsplan für den Inselstaat. Die Minister erklärten, dass "die notwendigen Vorgaben" nunmehr gegeben seien, um die nationalen Abstimmungen zur Auszahlung über den ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) in Höhe von 10 Milliarden Euro in Gang zu setzen, vorausgesetzt, dass der IWF seine Zustimmung erteilt. Das Leitungsgremium des ESM soll am 24. April 2013 über den Rettungsplan abstimmen, die erste Tranche der Hilfgelder könnte Mitte Mai ausgezahlt werden. Im Gegenzug zu den 10 Milliarden Euro, die von EU und IWF als Kredit gewährt werden, musste Zypern harte Auflagen akzeptieren. Der Inselstaat muss 13 Milliarden Euro selbst erwirtschaften, 6 Milliarden mehr als zunächst vorgesehen. Der Hauptteil des Geldes soll aus der Restrukturierung des Bankensektors gewonnen werden. Der Regierungssprecher Zyperns, Christos Stylianides, versicherte, dass es keine Erhöhung des Beitrags des Privatsektors geben werde... [Fortsetzung](#)

Griechenland einigt sich mit Troika über neue Auszahlung von Hilfgeldern

Am 15. April 2013 gab der griechische Finanzminister Yannis Stournas bekannt, dass zwischen Griechenland und den internationalen Gläubigern der Troika eine Einigung erzielt werden konnte über eine



weitere Auszahlung von Hilfgeldern. Als neue Tranche sollen 8,8 Milliarden Euro ausgezahlt werden. Athen hat sich in dem Kompromiss zu einer Verkleinerung des Beamtenapparates verpflichtet, 4000 Posten sollen gestrichen werden bis Ende 2013 und 11 000 weitere Posten 2014... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Monatsbericht zur Wirtschaftslage in Deutschland



Die Bundesregierung zeigt sich entsprechend des Monatsberichts vom 10. April 2013 zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland zuversichtlich bezüglich der Wirtschaftsaussichten. Laut Aussage des Berichts des Wirtschaftsministeriums zeichnet sich immer deutlicher eine leichte Belebung im Frühjahr ab. Nach der Abschwächung der konjunkturellen Dynamik im Verlauf des Jahres 2012 konnte sich die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn offenbar zumindest stabilisieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Unterstützung für ein europäisches Abkommen nach dem Vorbild von FATCA



In einem gemeinsamen Brief an den EU-Kommissar für Steuern, Algirdas Semeta, haben die Finanzminister von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien (G5) am 10. April 2013 vereinbart, gemeinsam noch effektiver gegen internationale Steuerhinterziehung vorzugehen, indem sie fordern, dass die Regelungen entsprechend der Mustervereinbarung zur Umsetzung der US-amerikanischen Informations- und Meldebestimmungen (Foreign Account Tax Compliance Act -FATCA) auch auf europäischer Ebene angewandt werden. Vier weitere EU-Mitgliedsländer (Belgien, Niederlande, Polen und Rumänien) haben sich auf dem Finanzministertreffen in Dublin der Initiative angeschlossen. FACTA regelt, dass weltweit Banken den amerikanischen Steuerbehörden Auskunft geben müssen über amerikanische Kontoinhaber und über Guthaben amerikanischer Staatsbürger... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäischer Rat :

Steuerhinterziehung Thema des Europäischen Rates am 22. Mai 2013



Die Europäer haben sich zu einem verstärkten Kampf gegen Steuerhinterziehung entschlossen. Das Bankgeheimnis wackelt, trotz des Beharrens Österreichs. Das Thema bestimmte die Diskussionen auf dem Treffen der Finanzminister am 13. April 2013, es wird auch auf dem kommenden Europäischen Rat am 22. Mai 2013 im Mittelpunkt stehen. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, betonte, dass der momentane politische Rückenwind genutzt werden müsse, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen, durch die Europa jährlich Einnahmen im Umfang 1000 Milliarden Euro verliert... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der Europäischen Union



Am 10. April 2013 präsentierte die Europäische Kommission ihre Vorschläge zu einer Reformierung der Regelungen gegen unlauteren Wettbewerb. Die Vorschläge beinhalten Anti-Dumping-Maßnahmen und Maßnahmen gegen wettbewerbswidrige Subventionen zum Schutz der europäischen Hersteller. Importeure profitieren zugleich von vorhersehbaren Regelungen, was zu leichter Planung beiträgt. Nach Aussage der Kommission soll das System insgesamt transparenter und anwendungsfreundlicher werden... [Fortsetzung](#)

Schengener Informationssystem (SIS II) geht in Betrieb



Das Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II), das im Schengenraum für mehr Sicherheit sorgen und den freien Personenverkehr erleichtern soll, ist am 9. April 2013 in Betrieb gegangen. Das SIS II ermöglicht es den Grenzkontroll-, Zoll- und Polizeibehörden der Mitgliedstaaten, Informationen über mutmaßlich Beteiligte an

schweren Verbrechen auszutauschen. Es enthält zudem Vermisstenausschreibungen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, sowie Informationen zu Gegenständen wie Banknoten, Personenkraft und Lieferwagen, Schusswaffen und Ausweisdokumenten, die gestohlen oder auf sonstige unrechtmäßige Weise erworben sein könnten oder abhanden gekommen sind. Schengen II umfasst auch Datenschutzbestimmungen; EU-Bürger haben Zugangsrechte zu den über sie gesammelten Daten. Ab dem 9. Mai 2013 wird EU-Lisa die Verwaltung von SIS II übernehmen... [Fortsetzung](#)

Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU



Am 10. April 2013 erläuterte die Europäische Kommission die Leitlinien des "six-packs" und des "two-packs", wie auch die Vorteile, die sich aus deren Umsetzung für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU ergeben. Die neuen Regelungen beinhalten unter anderem eine Begrenzung des Defizits auf 3%, sowie eine Begrenzung der Schulden auf 60% des BIP. Eine gewisse Flexibilität in Krisenzeiten wird zugelassen. Langfristig wird eine Verbesserung des haushaltspolitischen Rahmens angestrebt. Verstärkt werden diese Vorschriften durch den Fiskalpakt zwischen den Mitgliedsstaaten der europäischen Union (ausgenommen Tschechien und Großbritannien). Die Kontrolle wird sich, vor allem in der Euro-Zone, verschärfen, aufgrund eines frühzeitigen Alarmsystems sowie beschleunigter Sanktionsmöglichkeiten, die wirksam und einfach umzusetzen sind... [Fortsetzung](#)

EU-Kommission beunruhigt über Änderungen der ungarischen Verfassung



Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, wandte sich in einem Schreiben vom 12. April 2013 an den ungarischen Premierminister Viktor Orban, um seine "große Besorgnis" angesichts der aktuellen Verfassungsänderungen mitzuteilen und dringend um eine Klarstellung zu bitten. Viktor Orban gab bekannt, dass er die Kritik aus Brüssel sehr aufmerksam verfolge, er antwortete umgehend in einem Schreiben vom gleichen Tag. In einer Mitteilung gab die Kommission bekannt, dass die Kommission berechnete Zweifel hege, ob die Änderungen der Verfassung mit dem europäischen Recht und rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar sei... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Makroökonomisches Ungleichgewicht in 13 EU-Staaten



Am 10. April 2013 veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht zu der wirtschaftlichen Lage der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Dem Bericht zufolge gibt es in 13 EU-Staaten Anzeichen für ein makroökonomisches Ungleichgewicht, wobei elf Länder schwächer betroffen sind (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien, Ungarn, Malta, Niederlande, Finnland, Schweden und Großbritannien), während Spanien und Slowenien laut Aussage des Berichts ein starkes Ungleichgewicht aufweisen. Am 29. Mai 2013 wird die EU-Kommission länderspezifische Empfehlungen aussprechen, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Die Länder, die sich aktuell unter dem Rettungsschirm befinden, wurden nicht aufgeführt, da in diesen Fällen bereits eine verschärfte wirtschaftliche Überwachung stattfindet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Slowenische Premierministerin A. Bratusek in Brüssel



Am 9. April 2013 traf die slowenische Premierministerin Alenka Bratusek den Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso in Brüssel. Es handelte sich hierbei um ihren ersten Auslandsbesuch seit ihrer Wahl an die Spitze der slowenischen Regierung. Anlässlich des Treffens wurde vor allem die wirtschaftliche und finanzielle Situation Sloweniens diskutiert, sowie die Mittel zur Umsetzung der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen des Landes und die Förderung nachhaltigen Wachstums. Der Kommissionspräsident begrüßte die geplanten Reformen der slowenischen Regierung und sicherte die weitere Unterstützung der Kommission zu. Alenka Bratusek traf in Brüssel auch den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat :

Montenegro schließt 2. Kapitel für EU-Beitritt ab



Am 15. April 2013 konnte Montenegro ein zweites Kapitel für die Verhandlungen zum EU-Beitritt des Landes abschließen; der Weg bis zur vollständigen Beitrittsreife des Landes ist jedoch noch weit. Das abgeschlossene Kapitel betrifft Bildung und Kultur (Kapitel 26). Im Dezember 2012 konnten die EU und Montenegro das 1. Kapitel abschließen, das Wissenschaft und Forschung beinhaltet. Insgesamt gibt es 35 Kapitel, die alle Bereiche des Europarechts abdecken... [Fortsetzung](#)

Gericht :

Europäisches Gericht erklärt Entscheidung der Kommission über Urheberrechte teilweise für nichtig



Das Europäische Gericht gab am 12. April 2013 dem internationalen Dachverband von Verwertungsgesellschaften (Confédération internationale des sociétés d'auteurs et compositeurs, CISAC) recht und erklärte eine Entscheidung der EU-Kommission zum Teil für nichtig. Die CISAC ist eine Nichtregierungsorganisation ohne Gewinnerzielungsabsicht, die Verwertungsgesellschaften für Urheberrechte, insbesondere an Musikwerken, in rund hundert Ländern vertritt. Das Gericht urteilte, dass die Kommission nicht ausreichend Beweise vorgelegt hätte, die auf eine Absprache schließen lassen in Bezug auf ausschließliche Verwertungsrechte... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Treffen von David Cameron und Angela Merkel auf Schloss Meseberg



Am 12. und 13. April 2013 wurde der britische Premierminister David Cameron von Angela Merkel auf Schloss Meseberg empfangen. Beide betonten, dass auf dem G8-Gipfel, der im Juni in Nordirland stattfinden wird, Beschlüsse gegen Steuerhinterziehung gefasst werden sollten. Die G8 soll nach den Wünschen Camerons und Merkel eine globale Leadershiprolle im Kampf gegen Steuerhinterziehung übernehmen. Beide Regierungschefs wollen auf dem kommenden Europäischen Rat am 22. Mai 2013 zusammen Vorschläge präsentieren, wie auch auf dem nächsten G 20 Treffen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Angela Merkel empfängt indischen Premierminister Mammohan Singh



Am 11. April 2013 reiste der indische Premierminister Mammohan Singh nach Berlin, wo er unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel traf. Singh appellierte an die Europäer, die Eurokrise zu lösen, um das weltweite Wachstum zu stärken und den internationalen Handel zu fördern. Eines der Hauptthemen zwischen beiden Regierungschefs war das Freihandelsabkommen zwischen Indien und der Europäischen Union, das bereits seit fünf Jahren verhandelt wird und zu dem in einigen Punkten bisher keine Einigung erzielt werden konnte. Streitpunkte sind die Automobilindustrie, die Öffnung des indischen Versicherungsmarktes oder der Schutz des geistigen Eigentums. Angela Merkel zeigte sich zuversichtlich und betonte, dass die Verhandlungen "sehr dynamisch" verliefen und dass sie davon ausginge, dass es eine Einigung zu Agrarfragen geben werde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Umfrage zu Wünschen deutscher Familien



Entsprechend der Ergebnisse einer Forsa-Umfrage für die Zeitschriften "Eltern" und "Eltern Family", die am 9. April 2013 veröffentlicht wurden, wünschen sich fast 90% der Befragten mehr staatliche Hilfe für arme Familien. 87% sprechen sich für eine Ausweitung der Ganztagschulen aus und 83% für ein kostenloses und obligatorisches Kindergartenjahr vor der Einschulung. Eine Mehrheit der befragten Eltern ist der Ansicht, dass es zu wenig Kitaplätze für unter Dreijährige gibt. 48% sind der Umfrage zufolge bereit, gerichtlich einen Platz einzuklagen, wenn es ab August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz in Deutschland geben wird... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Neue unabhängige Finanzbehörde in Spanien



Am 12. April 2013 stimmte die spanische Regierung für die Einrichtung einer neuen unabhängigen Finanzbehörde, die über die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung wachen soll (Staat, Sozialversicherung und autonome Regionen). Die Schaffung dieser Behörde basiert auf einem Vorschlag der Europäischen Kommission, die sich für allgemeinverbindliche Kriterien zur Bewertung der Haushaltspolitik der Regionen ausgesprochen hat. Der spanische Haushaltsminister Cristobal Montoro bestätigte darüber hinaus, dass es 2013 keine Steuererhöhungen geben werde und dass die Jahresboni für Beamte beibehalten würden, während Brüssel stärkere Anstrengungen von Spanien verlangt für einen verstärkten Defizitabbau... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

François Hollande empfängt slowakischen Premierminister Robert Fico



Am 11. April 2013 empfing der französische Staatspräsident François Hollande den slowakischen Premierminister Robert Fico. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erläuterten beide ihre Prioritäten: Wachstum, Ausweitung europäischer Mittel und die Haushaltssanierung. François Hollande unterstrich die guten Beziehungen beider Länder, französische Unternehmen sollten der Slowakei bleiben. Im Herbst will der französische Präsident nach Bratislava reisen, zur Feier des 20. Jahrestags der Unabhängigkeit des Landes... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

Expertengutachten zur Rettung Italiens



Am 12. April 2013 nahm der italienische Präsident Giorgio Napolitano den Abschlussbericht der 10 "Weisen" entgegen, die er Ende März mit einem Vorschlag zur Lösung der politischen Krise beauftragt hatte. Laut Aussage Napolitanos sei dies "sein Beitrag" zur Lösung der Krise, wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit. Die 10 Experten präsentieren in ihrem Bericht gemeinsame Vorschläge zur Schaffung eines "dialogfreundlichen Klimas" zur Unterstützung der Kompromissfindung der Parteien. Nach Aussage Napolitanos wird es Aufgabe seines Nachfolgers sein, Schlussfolgerungen aus dem Expertenbericht zu ziehen. Sein Wunsch sei eine Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien. Die Prioritäten der nächsten Regierung sollten der Arbeitsmarkt, die Justiz, die Steuern und das Wahlrecht sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italienische Regierung veröffentlicht Bericht zur Wirtschafts- und Finanzlage



Am 10. April 2013 veröffentlichte die italienische Regierung einen Bericht, der für 2014 die Rückkehr zum Wachstum und weiteren Schuldenabbau vorsieht. Der amtierende Regierungschef Mario Monti äußerte sich vorsichtig optimistisch, dass die übrigen EU-Länder den Bericht wohlwollend zur Kenntnis nehmen werden. Für 2013 wird von einem Rückgang des BIP um 1,3% ausgegangen, 2014 wird ein Wachstum in Höhe von 1,3% und für 2015 von 1,4% erwartet. Das Defizit soll entsprechend des Berichts 2013 2,9% betragen, 2014 1,8% und 2015 1,5%. Die Staatsverschuldung wird 2013 ihren höchsten Stand erreichen mit 130,4% des BIP, 2014 soll sie auf 129% gesenkt werden und 2015 auf 125,5%... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Luxemburg :

Luxemburg will Bankgeheimnis lockern



Am 10. April 2013 gab Luxemburg bekannt, zu einer teilweisen Lockerung des Bankgeheimnisses bereit zu sein und der automatischen Weitergabe von Bankdaten ab 2015 zustimmen zu wollen, insbesondere im Hinblick auf Sparguthaben. Jean-Claude Juncker erklärte vor dem Parlament Luxemburgs, dass "der automatische Austausch ab 1. Januar 2015 ohne Gefahr" eingeführt werden könne. Der automatische Austausch solle zunächst nur in Bezug auf Privatpersonen innerhalb der EU erfolgen. Für Einwohner Luxemburgs solle weiterhin eine Quellensteuer in Höhe von 10% auf Guthaben erhoben werden und das Bankgeheimnis soll für sie in der bisherigen Form

Rumänien :

Robert Cazanciuc ist neuer rumänischer Justizminister



Am 11. April 2013 ernannte der rumänische Premierminister Victor Ponta den bisherigen Generalsekretär des rumänischen Außenministers, Robert Cazanciuc, zum neuen Justizminister Rumäniens. Seine Vorgängerin, Mona Pivniceru, hatte das Amt im März dieses Jahres aufgegeben, um als Richterin an das Verfassungsgericht zu wechseln. Premierminister Victor Ponta hatte in der Zwischenzeit die Funktion des Justizministers übergangsweise übernommen. Als Interims-Justizminister hatte Victor Ponta für heftige Kritik gesorgt, da er dem Obersten Richterrat des Landes Kandidaten für Schlüsselposten der Generalstaatsanwaltschaft und für den Kampf gegen die Korruption vorgeschlagen hatte, die der Rat ablehnte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Treffen der G 8 Außenminister



Auf dem Treffen der G 8 Außenminister standen Syrien und Nordkorea im Mittelpunkt der Diskussion. William Hague begrüßte die historische Einigung, die sexuelle Gewalt bei Konflikten unterbinden soll. Auf einer Pressekonferenz sagte Hague: "Wir haben uns auf eine historische Erklärung geeinigt, die klarstellt, dass Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt in Konfliktzonen eine Verletzung der Genfer Konvention darstellen und auf einer Ebene mit Kriegsverbrechen stehen. Dies gibt uns die Möglichkeit, Gewaltverbrecher aktiv vor Gericht zu verfolgen und sie vor entsprechende Tribunale zu stellen, egal, welcher Nationalität sie angehören oder wo sie sich befinden"... [Fortsetzung](#)

WTO :

WTO senkt Wachstumsprognose für internationalen Handelsverkehr



Am 10. April 2013 korrigierte die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Wachstumsprognose für den Handel mit Waren und Dienstleistungen im Jahr 2013 nach unten, von ursprünglich 4,5% auf 3,3%. Im Jahr 2012 wuchs der weltweite Handel nur um 2%, dies ist der niedrigste Wert seit Beginn der Statistik im Jahr 1981, wie die WTO in Genf bekannt gab. Laut Aussage von Pascal Lamy, dem Generaldirektor der WTO, könnte das Wachstum 2013 auch unter 3,3% liegen, da weiterhin Risiken bestünden aufgrund der Eurokrise und protektionistischen Tendenzen in einigen Ländern. Laut Aussage Pascal Lamys "erreicht die Bedrohung durch protektionistische Maßnahmen seit Beginn der Krise derzeit möglicherweise ihren Höhepunkt, da andere Möglichkeiten zur Ankurbelung des Wachstums gescheitert sind"... [Fortsetzung](#)

IWF :

IWF fordert von Eurozone Sanierung der Banken



Am 10. April 2013 gab die Generaldirektorin des IWF, Christine Lagarde, bekannt, dass nach Auffassung des IWF die Eurozone weiterhin in der Pflicht steht, "aufzuräumen", insbesondere im Hinblick auf den Finanzsektor. Dies beinhaltet zum Teil auch eine Schließung von Banken. Nach Aussage Lagardes "re-etablieren sich die Banken im Außenbereich der Eurozone kaum", sie würden unter Kapitalmangel und einer Anhäufung schlechter Kredite leiden. Wenige Tage vor Veröffentlichung der Wirtschaftsprognose des IWF gab Lagarde bekannt, dass nicht zu erwarten sei, dass 2013 nicht mit einem höheren weltweiten Wachstum als 2012 zu rechnen sei. Sie unterstrich: "Von den Vereinten Staaten 2008 bis zu Zypern heute sieht man, was dabei herauskommt, wenn der Bankensektor den unmittelbaren Profit den langfristigen Vorteilen vorzieht, indem er ein System fördert, dass letztlich die Wirtschaft destabilisiert"... [Fortsetzung](#)

IWF fordert stärkere Aktivität von den Zentralbanken

Laut Aussage eines IWF-Berichts vom 9. April 2013 ist die Inflation in



den reichen Industrieländern so gut unter Kontrolle, dass die Zentralbanken wieder stärker Liquidität in die Märkte geben sollten. Diesbezügliche Aktivitäten der Zentralbanken, insbesondere der EZB, waren in der Vergangenheit von ärmeren Ländern kritisiert worden, da hierdurch das Inflationsrisiko in ihren Ländern steigen würde. Laut IWF-Bericht sei diese Gefahr aktuell gering. Der Autor des Berichts, John Simon, betonte, dass eine vorübergehende Überschreitung des Inflationsziels der Eurozone keine dauerhafte Auswirkung habe... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Vertiefung der Währungsunion



Der Rat für Wirtschaftsanalyse veröffentlicht einen Bericht zur Krise der Eurozone, in dem er bestimmte institutionelle Maßnahmen zur Vertiefung der Währungsunion vorschlägt. Die Schuldenkrise, die seit 2009 zahlreiche Staaten in schwierige Situationen gebracht hat, hat die Schwächen der Währungsunion offen gelegt. Die Autoren des Berichts fordern Verbesserungen in drei Bereichen: Bankenregulierung, Abstimmung der Haushaltspolitik und der Wachstumspolitik. Die Maßnahmen sollten entsprechend des Berichts in drei Schritten durchgeführt werden: Bankensanierung, Anti-Krisen-Mechanismen und Kapazitätsausbau für Haushaltsstabilisierungen... [Fortsetzung](#)

EZB-Studie offenbart große Vermögensunterschiede in der Eurozone



Entsprechend den Ergebnissen einer Studie der Europäischen Zentralbank (EZB), die am 9. April 2013 veröffentlicht wurden, haben deutsche Haushalte im Vergleich zu den Haushalten der übrigen Länder der Eurozone durchschnittlich das kleinste Vermögen. Der Vergleich erfolgte anhand des Medianwertes (Aufteilung nach den 50% reichsten und 50% ärmsten Haushalte). Das Durchschnittsvermögen eines deutschen Haushalts lag 2010 bei 51 400 Euro - Deutschland landet von 15 Ländern auf dem letzten Platz. Auf Platz 1 liegt Luxemburg, gefolgt von Zypern (266 900 Euro pro Haushalt), gefolgt von Malta (215 900 Euro pro Haushalt). Das überraschende Ergebnis ist zum Teil auf die ungleiche Anzahl an Immobilienbesitzern in den einzelnen Ländern zurückzuführen... [Fortsetzung](#)

10 Millionen mehr Arbeitslose in Europa seit 2008



Seit dem Beginn der Krise im Jahr 2008 stieg die Arbeitslosenzahl in der Europäischen Union um 10 Millionen, entsprechend eines Berichts der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der am 8. April 2013 veröffentlicht wurde. Derzeit sind über 26 Millionen Europäer arbeitslos, am stärksten betroffen sind Jugendliche und Geringqualifizierte. Nur fünf Länder der Europäischen Union von 27 weisen aktuell eine höhere Beschäftigungsquote auf als vor der Krise (Deutschland, Österreich, Ungarn, Luxemburg und Malta). In Zypern, Spanien, Griechenland und Portugal stieg die Arbeitslosigkeit während der letzten zwei Jahre um über drei Prozentpunkte an. "Ein ausgeglichener Haushalt und die Wettbewerbsziele sind wichtig, gleichzeitig ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, diese Ziele nicht über Sparprogramme und Strukturreformen erreichen zu wollen, die nicht die wahren Ursachen der Krise bekämpfen", so die ILO... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht über Entwicklung des Industriesektors in Europa 2012



Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Bericht zur Entwicklung der Industrie in der Europäischen Union im Jahr 2012. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich nach dem Privatsektor auch auf den öffentlichen Sektor ausgeweitet, insgesamt hat die Krise laut Bericht der Kommission die europäische Industrielandschaft stark verändert, insbesondere aufgrund der Auswirkungen der Staatsverschuldung und der notwendigen Haushaltskonsolidierung. Die Dringlichkeit der Entscheidungen erforderte oft Beschlüsse, bei denen der soziale Dialog auf der Strecke blieb, parallel nimmt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder weiter ab... [Fortsetzung](#)

Kultur :

"Frühling der Renaissance" in Florenz



Bis zum 18. August 2013 zeigt der Palazzo Strozzi in Florenz eine Ausstellung, die die Entwicklung der italienischen Renaissance anhand von Meisterwerken der Skulpturenkunst darstellt. Im Rahmen der Ausstellung "Frühling der Renaissance" sind Werke bedeutender Künstler aus dem 14. Jahrhundert zu sehen (Donatello, Ghiberti, Michelozzo, Masaccio, Paolo Uccello, Filippo Lippi)... [Fortsetzung](#)

Keith Haring Ausstellung im Museum für moderne Kunst in Paris



Vom 19. April bis zum 18. August 2013 zeigt das Museum für moderne Kunst in Paris in Zusammenarbeit mit dem Kulturinstitut "le 104" eine Retrospektive des amerikanischen Künstlers Keith Haring. Im Rahmen der Ausstellung sind um die 250 Werke des Künstlers (auf Leinwänden oder Wagenplane oder in der Métro) zu sehen. Keith Haring ist eine Pop art Ikone und militanter Künstler, der für seinen unvergleichlichen Stil verehrt wird und zu den bekanntesten Künstlern seiner Zeit zählt. Seine Werke wurden neben den Werken Andy Warhols, Jean-Michel Basquiat's oder Roy Lichtensteins in Museen oder auf Biennalen auf der ganzen Welt präsentiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ausstellung "Freiheit" im Kunstpalais in Erlangen



Zum 200. Jahrestag der entscheidenden Völkerschlacht der Freiheitskriege im Jahr 1813 widmet sich das Kunstpalais in Erlangen in einer Gruppenausstellung dem Thema "Freiheit". 12 internationale Künstler beschäftigen sich in ihren Werken mit der Frage: Was bedeutet Freiheit heute? Ausgehend von den Revolutionen im arabischen Raum, die in zahlreichen künstlerischen Werken thematisiert werden, spürt die Konzeption dem Thema der politischen Freiheit nach, dem Kampf um Demokratie und Menschenrechte, dem Wunsch nach Aufbruch und dem Ringen um Selbstbestimmung. Die Ausstellung ist bis zum 30. Juni 2013 geöffnet... [Fortsetzung](#)

Messe für zeitgenössische Kunst in Brüssel

ART BRUSSELS

Vom 18. bis zum 21. April 2013 findet die Messe für zeitgenössische Kunst in Brüssel statt. 187 Galerien aus der gesamten Welt wie auch mehrere berühmte belgische Sammler stellen ihre Werke aus. Die Messe ist dafür bekannt, Kunstwerke bekannter und (noch) wenig bekannter Künstler zu präsentieren, insgesamt werden Werke von über 2000 Künstlern zu sehen sein... [Fortsetzung](#)

Neueröffnung: Jüdisches Museum in Warschau



Am 19. April 2013 wird in Warschau das neue Jüdische Museum eröffnet werden, zum 70. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto. Die Ausstellungsfläche des Museumsgebäudes wird sich über 12 800 m² erstrecken mit Multimedia-Saal, Bildungszentrum, Kinderbereich, einem Restaurant und einem Café. Das Projekt wurde mit privaten Spenden finanziert, wie auch über deutsche Stiftungen und mit Mitteln der polnischen Regierung, der Stadt Warschau und der EU. Es gibt acht verschiedene Themensäle, die die Geschichte jüdischen Lebens in Warschau von der Ankunft aus Spanien über die Blütezeit zwischen den Weltkriegen bis zum Holocaust und der Nachkriegszeit darstellen... [Fortsetzung](#)

Agenda :



15.-17. April
Weltforum Energie



15. bis 18. April
Straßburg
Sitzungswoche des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest ;
Alexandre Brex, Fanny Cohen, Clara Coornaert,
Victor Delage, Bettina Mecklenburg

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}